

Bemüht reicht nicht

Die von der Schulbehörde vorgenommene Klassifizierung der Schulen in Form eines Sozialindex offenbart die tiefe Spaltung unserer Gesellschaft

Das mittlerweile für diese Zeitung geflügelte Wort: „Sage mir, wo du wohnst und ich sage dir, was du wirst“ ist leider keine Zuspitzung in ironischer oder gar zynischer Absicht, sondern harte Wirklichkeit. Dies zeigen alle sozialen Analysen von unserer Gesellschaft, wobei die Dynamik der Entwicklung in diesem Zusammenhang deutlich auf eine sich immer weiter verschärfende

Segregation hinweist (s. Kasten S. 29 oben). Gleichzeitig werden regelmäßig die Hoffnungen auf soziale Durchlässigkeit enttäuscht, wenn man mal von den Ausnahmen absieht, denen allerdings mediale Aufmerksamkeit garantiert ist. Ein paar Sportler_innen oder Showbiz-Menschen vermögen dabei allerdings den Trend nicht umzukehren. Stattdessen tragen sie eher dazu bei,

dass sich das Bild in der Öffentlichkeit geschönt darbietet.

Die BSB hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten frühzeitig versucht, der offensichtlichen sozialen Benachteiligung vieler Kinder in der Stadt entgegenzuwirken. Schon Ende der 1990er Jahre hatte unter der Ägide der sozialdemokratischen Schulsenatorin Rosemarie Raab der 2008 von der Grünen Schulse-

// PRESSEINFORMATION //



Landesverband Hamburg

Nr. 26/2021 vom 16. April 2021

„Umverteilen reicht nicht!“

GEW zur Anpassung des Sozialindex

Gestern hat die Schulbehörde die Bescheide über den neuen Sozialindex an die Schulen versendet. Der Sozialindex bildet die sozialen Rahmenbedingungen der Schülerschaft jeder Schule auf einer sechsstufigen Skala von 1 (besonders schwierige Rahmenbedingungen) bis 6 (sehr günstige Rahmenbedingungen) ab. Je nach Einstufung, werden einer Schule unterschiedlich viele pädagogische Stellen zugewiesen. Die Behörde spricht dabei von „gerechteren Startchancen“. Anstatt dafür aber mehr Geld in die Hand zu nehmen, wird tatsächlich nur umverteilt.

„Hamburgweit werden 44 Grundschulen im sogenannten KESS-Faktor hochgestuft. Hunderte von Arbeitsstunden, den sogenannten WAZ, müssen allein an 16 Schulen im Bezirk Eimsbüttel eingespart werden. Einsparen müssen die Schulen Ressourcen im Bereich der Sprachförderung und im Bereich LSE. Dagegen werden 41 Schulen herabgestuft. Die WAZE werden also durchgereicht.

Das mag vor dem Hintergrund unterschiedlicher Sozialstrukturen gerecht klingen. Tatsächlich sind aber an den Schulen, die nun z.T. Stellen abbauen müssen, die Schüler*innen mit Sprach- und sonderpädagogischen Förderbedarf LSE ja nicht plötzlich verschwunden. Sie fallen einfach hinten runter“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg: „Besonders in Corona-Zeiten ist das Vorgehen der Schulbehörde, die zu knappe Decke hier etwas weg- und dort etwas hinzuziehen, völlig kontraproduktiv! Durch die (erstmalige) Berücksichtigung ausschließlich der Stadtteildaten und nicht mehr dem Blick auf die konkrete Schüler+innenschaft einer Schule wird es zu massiven Ungerechtigkeiten und Unterfinanzierungen an einzelnen Schulen kommen. Gerade in Coronazeiten, wo unstrittig ist, dass Kinder mit schwierigen Rahmenbedingungen deutlich stärker gefördert werden müssen, müssen die Mittel für die sozialindexbezogene Stundenzuweisungen deutlich aufgestockt und nicht umverteilt werden. Die GEW-Forderung ist dabei: Mindestens Bestandsschutz für alle Schulen und zusätzlich Zuweisungen an die Schulen, für die sich die Daten verschlechtert haben“, so Bensinger-Stolze abschließend.



Grafik: Statistikamt Nord

Wenn „Ausgewogenheit“ bedeutete, dass maximal die Hälfte der SuS einer Schule einen Migrationshintergrund haben soll (BuMi Karliczek forderte 2015 nicht mehr als 38 Prozent!), dann könnte der HVV einen beachtlichen Beitrag zur Mobilitätsförderung leisten ...

natorin Christa Goetsch im Rahmen einer Schwarz-Grünen-Koalition ins Amt gesetzte Staatsrat Ulrich Vieluf ein 6-stufiges Modell entwickelt, das Schulen in Abhängigkeit von ihrer sozialen Klientel mit einem unterschiedlichen personellen Schlüssel ausstattete. (s. nachfolgendes Interview)

Diese Kategorisierung, bekannt als KESS¹-Faktoren, bestimmt seither die Personalresource der einzelnen Schule und muss von Zeit zu Zeit der veränderten Struktur der Schüler_innen- bzw. Elternschaft angepasst werden. Dass dies regelmäßig zu Unruhe an den Schulen führt, ist nachvollziehbar, da dann plötzlich von der ohnehin zu kurzen Personaldecke ein Stück verlustig geht. (Und natürlich sind wir als Gewerkschaft aufgerufen,

¹ Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS)

das nicht einfach hinzunehmen – s. Presserklärung.)

Erwartungen enttäuscht

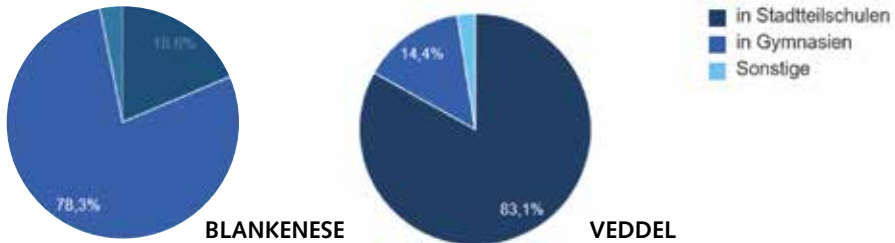
An dieser Stelle soll aber das Augenmerk darauf gerichtet werden, was solch eine Klassifizierung eigentlich gesellschaftlich bedeutet. Der erhoffte kompensatorische Effekt trat nämlich nicht ein! Natürlich kann man damit argumentieren, dass es ohne diese Maßnahme noch schlimmer gekommen wäre, aber angesichts des ausbleibenden Schulerfolgs der benachteiligten Schüler_innenschaft kann man auch zu der Einsicht gelangen, dass diese Art der Kompensation gescheitert ist.

Das desaströse Ergebnisse, dass nahezu 20 bis 30 Prozent der Schüler_innen nicht zu dem geführt werden, was allgemein als Basis dafür erachtet wird, um in unserer Gesellschaft bestehen zu

können, ist ein unwiderlegbarer Beweis, dass es so nicht geht (s. Kasten S. 30)! Die Ursache für das Scheitern liegt – so einfach ist das – in den unterschiedlichen sozialen Ausgangsbedingungen. Und um die zu kompensieren, bedarf es einer gemeinsamen Beschulung, in der die Starken die Schwachen stützen. Wie bitte soll ein Kind, dessen Familiensprache nicht deutsch ist, den hiesigen Bildungsanforderungen genügen, wenn es mehr oder weniger ausschließlich mit Kindern zusammen ist, die ebenfalls nicht muttersprachlich in Deutsch sozialisiert sind bzw. deren Eltern nur rudimentär Deutsch sprechen? Da reicht es eben nicht, wenn in der Klasse auf der Veddel ein paar weniger Schüler_innen sitzen als in Blankenese.

Das ist die unbequeme Wahrheit! Zu der gehört dann auch, dass das an sich gut gedachte

Tortenschlacht



Grafik: Statistikamt Nord

Schließt man biologistische Begründungen für die reziproke Situation aus, sprechen diese Prozentanteile für sich

Schwarz auf weiß

„Schülerinnen und Schülern aus wohlhabenden Familien stehen viele Wege zu einem erfolgreichen Leben offen. Schüler_innen aus benachteiligten Familien haben dagegen in der Regel nur eine einzige Chance im Leben – eine gute Lehrkraft bzw. eine gute Schule. Bleibt diese Chance ungenutzt, nehmen die anfänglichen Unterschiede bei den Lernergebnissen auf dem weiteren Bildungsweg tendenziell eher zu als ab. So gesehen ist es enttäuschend, dass in vielen Ländern nach wie vor die Postleitzahl des Wohnorts und der Schule der beste Prädiktor für die Leistungen der Schülerinnen und Schüler ist.“ (José Ángel Gurría Treviño, Generalsekretär der OECD)

Das gilt besonders in Deutschland. Leistungsunterschiede der Schüler_innen werden innerhalb von Schulen und zwischen den Schulen verglichen. Im OECD-Durchschnitt werden 29 Prozent der Leistungsunterschiede mit Unterschieden zwischen den Schulen erklärt, in Deutschland mehr als 50 Prozent. Damit gehört Deutschland zu den fünf Ländern, in denen es für den Schulerfolg besonders entscheidend ist, auf welche Schule ein_e Schüler_in geht. Und das ist so, obwohl das Privatschulwesen hierzulande im internationalen Vergleich eher klein ist.

Die ermittelten Lernstände erweisen sich seit den letzten Jahren (2012-2018*) als stagnierend, aber stabil. Das gilt auch für den Anteil der Schüler_innen, der die Mindeststandards nicht erfüllt. Liegt der Anteil im Leistungsbereich Deutsch bei 26 Prozent, liegt er im Bereich Mathematik bei 28 Prozent. Dieser Anteil liegt signifikant über dem Mittelwert aller Ergebnisse. Je nach Betrachtung bzw. Bewertung erhöht sich die Risikogruppe um einen Teil der Schüler_innen der Kompetenzstufe

II auf ca. 30 Prozent. Für diesen Teil der Schüler_innen, der sogenannten Risikogruppe, stellt die Organisation von Schule und Unterricht zumindest eine Lernbarriere, wenn nicht eine Lernbehinderung dar. Um diese Schüler_innen zu erreichen, sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverantworteten Schule offensichtlich nicht genutzt worden.

KLAUS BULLAN, KAY STOECK, in: hlz 1-2/2020

** Es gibt zurzeit noch keine aktuelleren Zahlen, wobei sich Grundsätzliches nicht verändert haben dürfte. Dieser Tage, am 3. Mai, stellten der PISA-Bildungsexperte Andreas Schleicher zusammen mit Bundesministerin Anja Karliczek eine Sonderauswertung im Rahmen der PISA-Daten von 2018 vor. Gegenstand der Untersuchung war, inwieweit Schüler_innen gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die es ihnen ermöglichen, an der Wissensgesellschaft teilzuhaben. Das Ergebnis für Deutschland ist desaströs. Danach können mehr als die Hälfte der 15-Jährigen hierzulande (55 Prozent) in Texten nicht Fakten von Meinungen unterscheiden. Wie gut die Lesekompetenzen im digitalen Raum sind, hänge in Deutschland stark vom sozialen Hintergrund ab, so Schleicher. Laut der Studie schneiden Schüler_innen aus privilegierten Elternhäusern hierzulande so gut wie in keinem anderen Land ab, während Jugendliche aus benachteiligten Haushalten nur im oberen Mittelfeld lagen. Nachzulesen ist das alles unter: 21st-Century Readers: Developing Literacy Skills in a Digital World, PISA, OECD Publishing, Paris, 2021 <https://doi.org/10.1787/a83d84cb-en> JG*

System der KESS-Faktoren dazu beiträgt, die ungleichen Verhältnisse zu zementieren. Den Eltern bleibt schließlich nicht verborgen, mit welchem Faktor die Schule, auf die ihr Kind wohnortbezogen gehen soll, belegt ist. Alle wissen es, aber niemand spricht gern darüber, welche Anstrengungen Eltern unternehmen,

um ihr Kind von diesem Milieu fernzuhalten. Und zu diesem Nichtaussprechen gehört, dass man bereit ist, den Preis für die ungleiche Ausstattung der Schulen mit Personal zu zahlen. Konkret: Man nimmt lieber volle Klassen in Kauf, als dass man bereit ist, sein Kind freiwillig an einer Schule mit „schlechtem“

KESS-Faktor anzumelden.

Dass das Ganze mit einer Flucht aus den entsprechenden Wohnorten einhergeht, auch das haben wir viele Male in dieser Zeitung dokumentiert. Und so tragen die KESS-Faktoren objektiv zur Vertiefung der sozialen Spaltung bei. Man wundert sich manchmal, dass diese Entwicklung von den Betroffenen immer noch (!) so hingenommen wird.

Art. 3, Absatz 3 Grundgesetz (GG)

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. (...)

Schlechtes Gewissen

Auf die Ungerechtigkeit angesprochen, senken viele Mittelschichtseltern den Kopf. Verständlich: sie spüren die Un-



Bildnachweis: Montecruzfoto.org, gemeinfrei

Vorboten einer Entwicklung wegen zunehmender Ungleichheit, ungleiche Bildungschancen eingeschlossen, die den sozialen Frieden aufs Spiel setzen? (Hamburg im Juli 2017 während des G20-Gipfels)

gerechtigkeit, die sie befördern, wenn sie ihr Kind von diesem Umfeld fernhalten. Wer wollte

sein Kind auf dem Altar eines zwar nach Gerechtigkeit schreienden, aber eben tief ungerech-

ten Systems opfern!? Deswegen verbietet sich ein Bashing dieser Eltern, weil man nicht erwarten kann, dass sie in einer auf Konkurrenz und Leistung basierenden Gesellschaft altruistisch handeln. Deswegen muss es der Staat richten, nicht zuletzt auch deshalb, weil er bzw. die Bürger_innen langfristig an einem sozialen Frieden interessiert sein sollten.

Und wie? So abstrus – weil unrealistisch – die Forderung auf den ersten Blick erscheinen mag: Es müsste eine Quotie rung her, die garantiert, dass die Schüler_innen von Beginn ihrer Schulkarriere an in sozial gemischten Klassen unterrichtet werden. Die SUVs müssten dann eben etwas länger unterwegs sein bzw. es müsste – solange in Sachen städtebauliche Durchmischung der Gesellschaft nichts geschehen ist – ein Busing eingeführt werden, von dem man bisher geglaubt hat, dass es sich um eine seltsame, längst der Vergangenheit angehörenden Blüte US-amerikanischer Geschichte aus den 1960er Jahren handelt.

Aber machen wir uns nichts

„KESS-Index“ oder „Sozialindex“?

Zum Schuljahr 1998/99 wurden in Hamburg erstmalig Förderressourcen auf der Basis eines Sozialindex zugewiesen. Grundlage seiner Berechnung waren Daten zur soziokulturellen Lage der Schüler_innenfamilien aus der 1996 gestarteten Lernausgangslagenuntersuchung LAU. In den 2000er Jahren wurde der sogenannte „LAU-Index“ durch den „KESS-Index“ abgelöst. Dieser schulbezogene Sozialindex wurde auf der Grundlage von Daten aus der Studie „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern (KESS)“ berechnet. Der „KESS-Index“ unterschied sechs Index-Gruppen, die u.a. nach dem ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital der Schüler_innenfamilien gebildet wurden.

Nach Einführung des „Zwei-Säulen-Modells“ wurde eine Neuberechnung des Sozialindex vom Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ) vorgenommen, der ab 2013 den „KESS-Index“ ablöste. Der neu entwickelte Sozialindex behielt die sechs Index-Gruppen bei, verwendete aber unabhängig von der KESS-Studie erhobene Daten.

Seither kommt es immer wieder zu Verwechslungen. Obwohl der Sozialindex seit acht Jahren ohne jeden Bezug zur KESS-Studie besteht, werden in der Schulöffentlichkeit nach wie vor die Begriffe „KESS-Index“ und „KESS-Faktor“ verwendet. Und da nach wie vor Lernstandserhebungen mit dem Testinstrumentarium der KESS-Studie in Hamburgs Schulen durchgeführt werden, besteht eine mitunter verwirrende „Verwechslungsgefahr“.

ULRICH VIELUF



Kein Witz – die Busing-Linie ist schon eingerichtet!

vor: das allein würde die Chancengleichheit auch nicht garantieren. Die einzige Lösung, aus diesem Dilemma herauszukommen, ist in der Tat – in Ergänzung zu den oben erwähnten Maßnahmen – unser gegliedertes Schulsystem aufzuheben. Erst ‚Eine Schule für Alle‘ böte die Voraussetzung für wahre Chancengleichheit! Wieso das nicht möglich sein soll, wo es in nahezu allen Ländern um uns herum – und auch dort gibt es Einwanderung – möglich ist, will mir nicht in den Kopf. Unmöglich in Deutschland?

Kein Wunschkonzert

Wer bis hierhin gelesen hat, wird sagen, dass er oder sie genau dies doch immer wieder in dieser Zeitung gelesen hat. Ja, richtig! Ich habe lediglich die Nachrichten über die Anpassung der KESS-Faktoren als Aufhänger genutzt, um wieder mal den Finger in die Wunde zu legen. Und natürlich weiß ich, dass die

politischen Machtverhältnisse wenig Anlass bieten zu hoffen, man könne so etwas wie Busing, Quotierung oder städtebauliche Neuorientierung in einer nicht mehr auf den freien Markt sich berufende Wohnungswirtschaft in naher Zukunft realisieren. Politik ist schließlich kein Wunschkonzert! Deshalb mache ich an diese Stelle einen Schnitt und blende über zu dem, was gerade identitätspolitisch im Gange ist (s. hlz 2-3/2021, S. 47ff). Reduziert man nämlich die bildungspolitische Benachteiligung auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, was zugleich die Schwäche des identitätspolitischen Ansatzes offenbart, kriegt das Ganze vor dem Hintergrund der beschriebenen Interessenlage plötzlich ein Gesicht.

Cancel culture alive

Der identitätspolitischen Sicht zufolge müssten nämlich die Betroffenen selbst sagen: Ihr,

liebe Deutsche, die ihr uns seit Jahren verschaukelt, um eure Privilegien nicht zuletzt über das gegliederte Schulsystem aufrechtzuerhalten, haltet in dieser Angelegenheit mal den Mund! Ihr könnt es nämlich gar nicht erlauben, was es bedeutet, jetzt schon über mehrere Generationen hinweg gesagt zu bekommen, dass wir uns als Eingewanderte erstmal hintenstellen müssten. Wir fordern das ein, was ihr selbst als Postulat ins Grundgesetz geschrieben habt (s. Kasten): Die volle Gleichberechtigung! Und zwar so lange, bis diesem formalen Anspruch – und mehr ist dies nämlich nicht – auch die reale Gleichstellung folgt.

Wenn man nun einen optimistischen Geschichtsverlauf unterstellt, wär' es ja nicht undenkbar, dass der Widerstand, der sich in diesem identitätspolitische Fenster spiegelt, die Chance eröffnet, alle bisher sozial benachteiligten Gruppen im Kampf um Gleich-

berechtigung mitzuziehen!

Reset

Die Sensationsnachrichten über Covid19 in Bezug auf Schule und Unterricht werden in wenigen Wochen so schnell verschwunden sein wie sie gekommen sind. Mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Kinder und Jugendlichen werden wir noch länger zu kämpfen haben. Wir wissen schon jetzt, dass die Pandemie die soziale Spal-

tung vertieft hat. Von daher lasst uns in Erinnerung rufen, vor welchem Hintergrund wir neu starten. Solche Neustarts sind ja oft mit guten Vorsätzen verbunden. In diesem Fall für Viele von uns, dass wir mehr als zuvor Anstrengungen unternehmen müssen, um die noch weiter aufgerissenen Gräben kenntlich zu machen, damit letztendlich die Betroffenen selbst erkennen, wer dafür verantwortlich ist und warum die Spaltung in der Ge-

sellschaft als quasi naturwüchsig erscheint und damit für unüberwindbar gehalten wird. Die Rolle, die wir dabei einzunehmen haben, ist damit klar umrissen: Bestärken und unterstützen wir all jene in ihrem Kampf um Gleichstellung, Anerkennung, ja, Emanzipation, die als Betroffene unter den jetzigen Ungerechtigkeiten des Systems zu leiden haben.

JOACHIM GEFFERS

Alle fünf Jahre angepasst

Erläuterungen zu KESS

Auswirkungen

Der Sozialindex teilt die Hamburger Schulen in sechs Gruppen ein. Diese Einteilung wird für verschiedene Zwecke genutzt, zum Beispiel bei der Festlegung von finanziellen Mitteln oder bei der Ermittlung des Personalbedarfs von Schulen:

- *Personalbedarf für den Unterricht*
- *Inklusion*
- *Additive Sprachförderung*
- *Vorstellung der Viereinhalbjährigen*
- *Ganztagsangebote*
- *Schulbüro*

Außerdem wird der Sozialindex auch für die Berechnung „fairer Vergleichswerte“, z.B. im Rahmen von KERMIT genutzt.

Berechnung

Hauptsächlich werden die Kriterien durch das Team des Hamburger Sozialindex am IfBQ in einem langwierigen Prozess der rechnerischen Prüfung, der inhaltlichen Diskussion und des Abwägens ausgewählt. Zur Aktualisierung des Sozialindex im Jahr 2021 waren zusätzlich Schulleitungen im Rahmen von Workshops eingeladen, sich an der Kriterienauswahl zu beteiligen.

Gewichtung

(Die Gewichte werden) im Rahmen des Verfahrens der Faktorenanalyse berechnet: so genannte „Faktorladungen“ für jedes Kriterium.

Wahrnehmung

Für die Ermittlung des Sozialindex ist nicht die regionale Lage einer Schule ausschlagge-

bend. Vielmehr beziehen sich die Daten, auf denen der Sozialindex beruht, auf die Familien der Schülerinnen und Schüler sowie deren Wohngebiete. Weil die Schülerinnen und Schüler nicht immer aus der unmittelbaren Umgebung ihrer Schule kommen, kann die soziale Belastung einer Schule anders sein als die von benachbarten Schulen oder Schulen in derselben Region.

Schulen, an denen ein solcher Widerspruch zwischen ermitteltem Sozialindex und erlebter sozialer Belastung auftritt, können sich an ihre zuständige Schulaufsicht oder das IfBQ wenden.

Sprache als Indikator für Benachteiligung

Die nicht-deutsche Familiensprache geht als Hilfskonstrukt in die Berechnung mit ein, da sie in großen Stichproben aktueller Studien sehr stark mit ungünstigeren sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen zusammenhängt und dadurch als amtlicher, schulspezifischer Indikator für den Sozialindex gut geeignet ist.

Aus: *Antworten auf FAQs zum Hamburger Sozialindex vom 15. April 2021. Der Text wurde stark gekürzt. Für eine nähere Beschäftigung mit dem gesamten Komplex empfiehlt sich der Originaltext <https://www.hamburg.de/bsb/hamburger-sozialindex/4025318/artikel-faq-sozialindex/>, der darüber hinaus Links zu den statistischen Verfahren im Einzelnen enthält. JG*



ifbq

Institut für Bildungsmonitoring
und Qualitätsentwicklung

Schule ist kein Reparaturbetrieb

Interview mit Ulrich Vieluf, der maßgeblich an der Entwicklung eines Sozialindexes für die Hamburger Schulen beteiligt war. Der sogenannte „KESS-Index“ sollte dazu beitragen, die „Verteilungsgerechtigkeit“ bei der Ressourcenzuweisung zu erhöhen

hlz: Was hat seinerzeit dazu geführt, einen schulbezogenen Sozialindex einzuführen?

Ulrich Vieluf: Eingeführt hat den Sozialindex die damalige Schulsenatorin Rosemarie Raab Ende der 1990er Jahre. Mit ihm sollte das „Gießkannenprinzip“ überwunden werden, nach dem ein Teil der über den Haushalt bereitgestellten Förderressourcen an die Schulen verteilt wurden. Mit der Berücksichtigung der sozialen Zusammensetzung der Schüler_innenschaft sollte den unterschiedlichen Anforderungen und Bedarfen, die sich aus unterschiedlichen sozialen Lagen ergeben, Rechnung getragen werden. Dies betraf beispielsweise die Zuteilung von Sprachförderressourcen, die Absenkung der Klassenfrequenzen für Grundschulen in soziokulturell benachteiligten Stadtteilen, zusätzliche Erzieher_innenstellen für Ganztagsgrundschulen in diesen Stadtteilen wie auch den Ausgleich des Mehraufwands bei der Durchführung des Vorstellungsverfahrens für Viereinhalbjährige.

hlz: Betrachten Sie den Versuch der Kompensation ungleicher Bedingungen für das Lernen in Schule mittels des Sozialindexes als gelungen?

Ulrich Vieluf: Die nach dem Sozialindex zugewiesenen Ressourcen führen systemimmanent zu einer höheren Verteilungsgerechtigkeit, die sozialen Dispa-

ritäten werden damit aber nicht aufgehoben. Die ungleichen Lebenslagen gehen mit ungleichen Chancen der kulturellen Teilhabe einher, die wiederum zu ungleichen Lernchancen führen. Wenn Kinder außerschulisch wenig Gelegenheit haben, die deutsche (Schrift-)Sprache zu erwerben, dann kann eine intensive schulische Förderung bis zu einem gewissen Grad Ausgleich schaffen, aber sie kann die ungleichen Erwerbschancen nicht neutralisieren.

hlz: Kann man etwas verbessern an dem System?

Ulrich Vieluf: Ich halte die Datenbasis für die Berechnung des aktuellen Sozialindexes für sehr tragfähig. Für problematisch, um nicht zu sagen: für nicht sachgerecht halte ich allerdings das „Nullsummenspiel“, wonach unabhängig von der tatsächlichen Anzahl der zu Fördernden immer dasselbe Stellenkontingent bereitgestellt wird. Wenn beispielsweise die Gesamtzahl der Schüler_innen, die Deutsch als zweite Sprache erwerben, steigt, wäre zu erwarten, dass auch das Stellenkontingent für die Förderung dieser Schüler_innen steigt. Die Deckelung aber hat – unabhängig davon, wie adäquat das gewählte Verfahren für die Berechnung des Sozialindexes die tatsächlichen Verhältnisse abbildet – nur eine Umverteilung des unveränderten Stellenkontingents zwischen den Schulen zur Folge. Das führt



dann dazu, dass Schulen trotz unveränderter oder sogar leicht gestiegener Zahl der zu fördernden Schüler_innen weniger Förderressourcen erhalten. Mit anderen Worten: Der Sozialindex sollte nicht ausschließlich relational verwendet werden, sondern auch steigende Bedarfe abbilden können.

hlz: Wo sehen Sie die Grenzen, mit einem solchen System nachhaltig zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu gelangen?

Ulrich Vieluf: Die seit nun 25 Jahren empirisch eindrucksvoll belegten sozialen Disparitäten innerhalb der hamburgischen Schullandschaft, die der sozialen Spaltung der Stadt in „arme“ und „reiche“ Stadtteile bzw. Quartiere folgen, wird durch wie auch immer „gerecht“ verteilte Ressourcen nicht aufgehoben. Ein anregungsarmes Sozialmilieu lässt sich nur begrenzt durch zusätzliche Stellen pädagogisch ausgleichen. Schule ist kein Reparaturbetrieb für soziale und gesellschaftliche Missstände.

hlz: Wir danken für die Beantwortung der Fragen (die Fragen wurden schriftlich gestellt). JG